

Schlussbericht zur Pilotphase 2004-2005

Dore Heim, Co-Projektleiterin (Leiterin Fachstelle für Gleichstellung, PRD)
und
Theo Haldemann, Co-Projektleiter (Stabstelle Spezialprojekte, FD)

Inhaltsverzeichnis:

0.	Zusammenfassungen	2
	0.1. Management Summary	2
	0.2. Kurzfassung des Berichts	3
1.	Projektauftrag der Pilotphase 2004-2005	7
	1.1. Vorgeschichte.....	7
	1.2. Zielsetzungen	8
	1.3. Methodisches Vorgehen.....	8
	1.4. Flächendeckende Grobanalysen.....	9
	1.5. Projektorganisation	95
2.	Projektergebnisse der Pilotphase 2004-2005	10
	2.1 Technische Machbarkeit	10
	2.2. Konkrete Resultate	12
	2.3. Politische Relevanz	17
	2.4. Erforderlicher Aufwand.....	18
3.	Beurteilung der Pilotphase 2004-2005	19
	3.1. Inhaltliche Beurteilung	19
	3.2. Methodische Beurteilung	21
	3.3. Politische Gesamtbeurteilung.....	22
4.	Schlussfolgerungen	23
	4.1 Weitere Schritte	23
	4.2. Anträge.....	23
Anhang	24
	A.1. Tabellen zu den Beiträgen an private Institutionen.....	24
	A.2. Tabellen zu den KundInnen-Anteilen sämtlicher Produktgruppen.....	25

0. Zusammenfassungen

0.1. Management Summary

Die Pilotphase 2004-2005 des Projekts ‚Geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse‘ lässt sich wie folgt beurteilen und bewerten:

- Analysiert wurden die Voranschläge (Budgets) 2003 und 2004 der Stadt Zürich. Der Projektauftrag der Pilotphase konnte in drei von vier Teilprojekten teilweise umgesetzt werden: Bei der geschlechterdifferenzierte Analyse des Personalaufwands (Teilprojekt 1), der Beiträge an private Institutionen (TP 3) und der Kundinnenanteile aller Produktgruppen (TP 4). Die Analyse der Verteilung und Entwicklung ausgewählter Steuereinnahmen (TP 2) wurde nicht mehr gestartet.
- Die Entwicklungen und Verteilungen des Personalaufwands, der Beiträge sowie der Kundinnenanteile im Budget 2003 und 2004 wurden mit dem unveränderten Verteilungsschlüssel 2003 untersucht - allfällige Veränderungen aus Verteilungsschlüssel 2004 wurden also nicht berücksichtigt. Das Budget 2005 wurde nicht analysiert.
- Die technische Machbarkeit der geschlechterdifferenzierten Budgetanalyse ist prinzipiell gegeben – trotz methodischer Vorbehalte in den Teilprojekten 1 und 4: Bei der Datenerhebung und Datenintegration von Hand tauchten keine nennenswerten Probleme auf, sondern konkrete Resultate: Die Budgetveränderungen bewirken im Jahr 2004 ganz leichte Verbesserungen beim frauenspezifischen Budgetanteil, und zwar bei den Besoldungen (ohne Versicherungsbeiträge), bei den Beiträgen an private Institutionen sowie bei sämtlichen Produktgruppen (ohne ausgewählte, sensible Produktgruppen).
- Die hohen politischen Erwartungen bei der Leistungs-, Wirkungs- und Nutzenanalyse konnten hingegen nicht erfüllt werden. Die Schwierigkeiten beginnen in einzelnen Bereichen bereits auf der Leistungsebene: Im Gesundheitsbereich werden z.B. die Anzahl der Kundinnen und Kunden oder die Anzahl der von Frauen und Männern bezogenen Leistungen – nicht aber die Kosten dieser Leistungen - nach Geschlecht gemessen. Die derart ermittelten Kundinnenanteile befriedigen noch nicht, denn die Aussagekraft der aggregierten Analyseergebnisse ist in hohem Grad anzuzweifeln. Auf der Wirkungs- und Nutzenebene konnten mit der Budgetanalyse keine neuen und substanziellen Erkenntnisse gewonnen werden.
- Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist es wünschenswert, dass der geschlechterdifferenzierte Blick auf die Stadtverwaltung verstärkt wird: Für die Umsetzung und Kontrolle von gleichstellungspolitischen Zielsetzungen ist eine geschlechterdifferenzierte Datenaufbereitung unverzichtbar, etwa bei der Personalförderung: Beim Controlling der Fort- und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Hierarchiestufen sollte die Verteilung und Entwicklung der Fort- und Weiterbildungstage künftig sowohl geschlechterdifferenziert als auch jährlich vorliegen.

0.2. Kurzfassung des Berichts

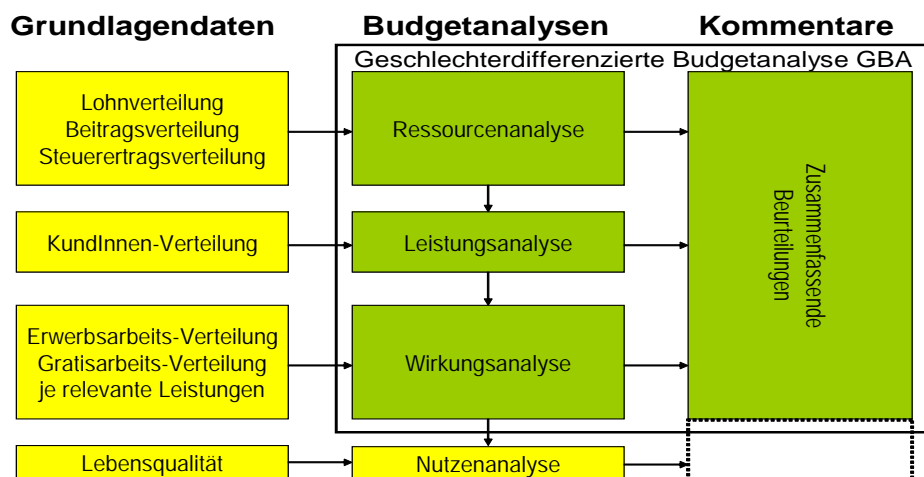
Geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse

Allgemeine Zielsetzungen

Die geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse (GBA) gibt Auskunft über die Verteilung und Entwicklung von Staatsausgaben und –einnahmen nach Geschlecht: Sie schafft spezifische Transparenz über städtische Aktivitäten und ihre gleichstellungspolitisch relevanten Auswirkungen. Sie zeigt auf, wie sich bestimmte, für die Chancengleichheit von Frauen und Männern als besonders relevant identifizierte Ausgaben- und Einnahmenbereiche, insbesondere Ressourcen- und Leistungsbereiche verteilen und entwickeln. Den politischen Behörden liefert sie wichtige Steuerungsinformationen für eine wirkungsorientierte Gleichstellungspolitik.

Methodik der geschlechterspezifischen Budgetanalyse

Die international und national gebräuchlichen Analysen zur geschlechtsspezifischen Budget- und Haushalts-Analyse umfassen vier Analyse-Ebenen: Ressourcen (inputs), Leistungen (outputs), Wirkungen (outcomes) und Nutzen (benefits).



Pilotprojekt zur geschlechterdifferenzierten Budgetanalyse in der Stadt Zürich

Das Pilotprojekt 2004-2005 beinhaltete Ressourcen-Analysen des Personalaufwands und der Beiträge an ausgewählte private Institutionen (ohne Kulturinstitutionen, Standortförderung u.a.) sowie Leistungs-Analysen der Kundinnen- und Kundenanteile aller Produktegruppen. Um eine Wirkungs- und Nutzen-Analyse wenigstens ansatzweise zu simulieren, wurden einzelne sensible Produktegruppen ausgewählt, denen gemäss Alltagsverständnis ein erhöhter Einfluss auf die Erwerbsarbeit, die Gratisarbeit und die Lebensqualität von Frauen und Männern in der Stadt Zürich zukommt.

Die Ressourcen-Analysen des Personalaufwands und der Beiträge an private Institutionen waren technisch problemlos machbar und erfüllten die inhaltlichen Erwartungen; sie konnten aufzeigen, wo weitere Vertiefungen möglich und sinnvoll sind.

Die Leistungs-Analyse der Kundinnen- und Kundenanteile aller Produktegruppen führte zu vielen Einzelergebnissen, deren Aggregation und Interpretation jedoch zu methodischen Problemen: Sie konnte die inhaltlichen Erwartungen insgesamt nicht erfüllen.

Ressourcen-Analyse 1: Personalaufwand

Grundlagendaten

Die Personal- und Lohndaten für die geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse sind alle verfügbar, mussten aber von Hand aufbereitet werden: Die Anzahl, die Stellen und die Stellenwerte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind monatlich erhältlich, ebenso die Verteilung von Frauen und Männern nach Dienstalter und Funktionsstufen. Die Verteilung und Entwicklung ihrer Besoldungen und Versicherungsbeiträge wurden im Rahmen des Pilotprojekts jedoch erstmals ermittelt.

Stellenwerte	VA 2003	Frauen	VA 2004	Frauen	Differenz				
Total	16'099.0	k.A.	16'456.0	43.50%	357.0				
Personalaufwand	VA 2003	Frauen	VA 2004	Frauen	Differenz	Frauen	Männer	DFrauen	DMänner
Besoldungen	1'474'904.9	39.43%	1'545'588.3	39.76%	70'683.4	46.80%	53.20%	33'079.8	37'603.6
Sozialversicherungen	105'250.4	42.00%	107'543.6	42.20%	2'293.2	51.42%	48.58%	1'179.2	1'114.0
Personalversicherung	134'930.1	38.34%	142'029.2	39.07%	7'099.1	53.04%	46.96%	3'765.4	3'333.7
Unfallversicherung und Krankenkasse	9'473.7	32.54%	10'161.4	31.63%	687.7	19.02%	80.98%	130.8	556.9
Total	1'724'559.1	39.46%	1'805'322.5	39.81%	80'763.4	47.24%	52.76%	38'155.1	42'608.3

(Stellenwerte in Jahres-Soll-Stellenwerten, Beträge in 1'000.- CHF)

Verteilungen und Entwicklungen

Der Personalaufwand umfasst knapp einen Drittel aller städtische Aufwendungen; er stieg innert Jahresfrist um 80.8 Mio. CHF (+4.6%). Darin enthalten sind auch 357 neue Vollzeitstellen.

Der Lohnanteil der Frauen liegt mit knapp 40 % unter dem Stellenwertanteil der Frauen von 43.5 %. Die Frauen sind jedoch überproportional an der Budgetzunahme beteiligt – davon ausgenommen sind die Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge des Arbeitgebers; Hier sind die Frauen unterproportional an der Zunahme beteiligt.

Interpretation

Diese Ergebnisse bedeuten noch keine systematischen Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in der Stadtverwaltung: Da Frauen in den niedrigeren Dienstaltern und Funktionsstufen übervertreten, in den höheren Dienstaltern und Funktionsstufen untervertreten sind, müssten diese Verteilungen in einer vertieften Analyse zuerst um diese beiden Effekte bereinigt werden, bevor eine Aussage über eventuell verbleibende Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern gemacht werden kann.

Vorschläge für die Weiterarbeit

Die geschlechterdifferenzierte Analyse des Personalaufwands wird im Rahmen des Personal-Controllings und Gleichstellungs-Controllings von HR Stadt Zürich fortgeführt und vertieft.

Diese Controllingarbeit ist durch eine geschlechterdifferenzierte Analyse der Weiterbildungstage und der Weiterbildungskosten zu ergänzen.

Fazit

Die Frauen sind überproportional an der Budgetzunahme beteiligt. Eine mögliche Erklärung hierfür ist die politisch gewünschte Anhebung der Löhne in `frauenspezifischen` Berufsfeldern z.B. im Gesundheits- und Sozialbereich. Eine andere Erklärung wäre die frauenfördernde Anstellungspraxis der Stadtverwaltung.

Ressourcen-Analyse 2: Beiträge an private Institutionen

Grundlegendaten

Für die Analyse wurden 92% aller städtischen Beiträge an private Institutionen ausgewählt, nämlich diejenigen, deren Dienstleistungen natürlichen Personen direkt und einzeln zukommen. Nicht enthalten sind u.a. Beiträge im Kulturbereich sowie Beiträge an Standort- und Tourismusförderungs-Institutionen. Die ausgewählten Beiträge stammen aus fünf der neun Departemente der Stadtverwaltung.

Fast alle ausgewählten Beiträge konnten geschlechterdifferenziert aufgeschlüsselt werden. Dank der guten Datenlage zur Kundschaftsstruktur der geförderten Institutionen war diese Schlüsselung mit vergleichsweise geringem Aufwand möglich.

Beiträge	VA 2003	Frauen	VA 2004	Frauen	Differenz	Frauen	Männer	D Frauen	D Männer
15 PRD	190.0	42%	190.0	42%	0.0	42%	58%	0.0	0.0
30 GUD	46'770.0	68%	59'238.0	68%	12'468.0	68%	32%	8'478.2	3'989.8
45 DIB	3'005.0	50%	3'005.0	50%	0.0	50%	50%	0.0	0.0
50 SSD	3'460.0	54%	3'520.0	53%	60.0	53%	47%	31.8	28.2
55 SD	42'915.4	60%	45'863.0	60%	2'947.6	60%	40%	1'768.6	1'179.0
Auswahl	96'340.4	63%	111'816.0	64%	15'475.6	66%	34%	10'278.6	5'197.0
Total	105'187.3	k.A.	121'221.1	k.A.	16'033.8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Ausgewählte Departemente und Beiträge auf Konto 3650 in 1'000.- CHF

Verteilungen und Entwicklungen

Die ausgesuchten Beiträge an private Institutionen umfassen rund 2% aller städtischen Aufwendungen; sie stiegen innert Jahresfrist um 15.5 Mio. CHF (+16.0%) an. Der grösste Teil wird an Institutionen in den Bereichen Gesundheit und Soziales inklusive Soziokultur ausgerichtet.

Frauen stellen knapp 2/3 aller Beitragsempfängerinnen dar, was nicht weiter erstaunt: In den geförderten Gesundheitsinstitutionen stellen Frauen 68% der Kundschaft dar, im Sozialbereich inklusive Soziokultur 60%. Grössere Entwicklungen und veränderte Verteilungen sind nicht ersichtlich.

Interpretationen

Was auf den ersten Blick als eine Begünstigung der leistungsempfangenden Frauen erscheinen mag, verweist im Kern auf notwendige Kompensationen von traditionellen Rollenverteilungen in der Familie und von bestehenden Benachteiligungen der Frauen in Gesellschaft und Wirtschaft.

Vorschläge für die Weiterarbeit

Die geschlechterdifferenzierte Analyse der Beiträge an private Institutionen kann bei Bedarf periodisch wiederholt werden, z.B. im Drei- bis Fünfjahres-Rhythmus. Viele der geförderten Institutionen funktionieren dank einem grossen Anteil von unentgeltlich geleisteter Arbeit. Eine Erhebung dieser geleisteten Gratisarbeit von Frauen und Männern könnte würde eine geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse abrunden.

Fazit

Mit vergleichsweise kleinen Beiträgen an einfach zugängliche und niederschwellige Angebote von privaten Institutionen kann eine grosse Wirkung erzielt werden. Falls die Stadt Zürich diese Leistungen selbst erbringen müsste, käme dies sehr viel teurer zu stehen.

Leistungsanalyse 1: Kundinnen und Kundenanteile aller Produktgruppen

Grundlegendaten

In acht von zehn funktionalen Hauptaufgabenbereichen konnten sämtliche bestehenden Produktgruppen analysiert werden. Zwei funktionale Hauptaufgabenbereiche kennen keine Leistungsbezügerinnen und –bezüger, somit auch kein Geschlecht ihrer Kundinnen und Kunden. In fünf Bereichen sind die Kundinnenanteile detailliert bekannt, in drei weiteren Bereichen konnten sie mit dem Frauenanteil von 51% der städtischen Wohnbevölkerung geschätzt werden. Nur im Kulturbereich waren grobe Schätzungen der Kundinnenanteile notwendig, weil hier eher Alter und Wohnort der Besucherinnen und Besucher ermittelt werden.

Hauptaufgabenbereiche	VA 2003	Frauen	VA 2004	Frauen	Differenz	Frauen	Männer	D Frauen	D Männer
0 Behörden, Verwaltung	526'910.6	k.A.	541'544.8	k.A.	14'634.2	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1 Recht, Sicherheit	437'112.0	51%	478'334.1	51%	41'222.1	51%	49%	21'023.3	20'198.8
2 Bildung	691'990.9	48%	707'582.1	48%	15'591.2	42%	58%	6'548.3	9'042.9
3 Kultur, Freizeit	263'856.9	49%	269'450.6	50%	5'593.7	52%	48%	2'908.7	2'685.0
4 Gesundheit	593'380.9	62%	629'575.6	62%	36'194.7	61%	39%	22'078.8	14'115.9
5 Soziale Wohlfahrt	670'077.3	66%	723'305.3	66%	53'228.0	67%	33%	35'662.8	17'565.2
6 Verkehr	498'044.9	52%	507'549.8	53%	9'504.9	55%	45%	5'227.7	4'277.2
7 Versorgung, Umwelt	959'306.7	51%	996'561.0	51%	37'254.3	51%	49%	18'999.7	18'254.6
8 Volkswirtschaft	13'946.1	51%	14'855.3	51%	909.2	51%	49%	463.7	445.5
9 Finanzen, Steuern	241'689.5	k.A.	279'250.2	k.A.	37'560.7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Total Stadt: HAB 0-9	4'896'315.8	k.A.	5'148'008.8	k.A.	251'693.0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Auswahl Stadt: HAB 1-8	4'127'715.7	55%	4'327'213.8	55%	199'498.1	57%	43%	112'750.3	86'747.8

Bruttoaufwand in 1'000.- CHF, Frauenanteile gemäss Kundschaft bzw. Wohnbevölkerung (=51%), k.A. = keine Angabe

Verteilungen und Entwicklungen

Der Bruttoaufwand der Produktgruppen umfasst rund 2/3 aller städtischen Aufwendungen, er stieg innert Jahresfrist um knapp 200 Mio. CHF (+4.8%) an.

Die einzelnen Budgetveränderungen fallen tendenziell zu Gunsten der Frauen aus. Nur im Bildungsbereich mit einem frauenspezifischen Budgetanteil von 42% beim Zuwachs gegenüber 48% bei der Grundverteilung können bereits heute erste Hinweise auf eine später mögliche Verschiebung zu Lasten der Frauen ausgemacht werden.

Interpretationen

Der frauenspezifische Budgetanteil aller analysierten Produktgruppen zeigt mit 55% keine Veränderungen zwischen den beiden Budgets 2003 und 2004 auf. Doch eine Veränderung lässt sich weder methodisch beurteilen noch politisch bewerten: Wurde die Veränderung durch anders berechnete Verteilungsschlüssel mitverursacht? Ist die Aggregation von Frauenanteilen in Wohnbevölkerung und Kundschaftsstatistik, beim Leistungsbezug und bei der Kostenverursachung noch zulässig und interpretierbar?

Vorschläge für die Weiterarbeit

Verzicht auf flächendeckende Grobanalysen, Detailanalysen bei Bedarf möglich.

Fazit

Der geschlechterdifferenzierte Blick auf das Leistungsangebot der Stadtverwaltung und die tatsächliche Inanspruchnahme durch Frauen und Männer bleibt wünschenswert.

1. Projektauftrag der Pilotphase 2004-2005

1.1. Vorgeschichte

Seit den 1980er Jahren ist die Stadt Zürich dem politischen Ziel der Gleichstellung von Frau und Mann verpflichtet und hat auf diesem Gebiet Pionierleistungen erbracht, die weit über die Stadt hinaus Beachtung erhielten. In den Legislatorschwerpunkten 2002-2006 hat der Stadtrat sein Engagement für die Gleichstellung als übergeordnetes Ziel bekräftigt.

Im Jahr 2002 beschloss der Stadtrat die Einführung von Gender Mainstreaming in der ganzen Stadtverwaltung: Die Frage nach Geschlecht und sozialer Wirklichkeit der LeistungserbringerInnen wie auch der LeistungsempfängerInnen soll als Selbstverständlichkeit in die alltägliche Verwaltungstätigkeit und in jeden politischen Entscheid einfließen. (StRB 242 vom 27. Februar 2002).

Die geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse (GBA) ist die konkrete Anwendung von Gender Mainstreaming auf den Budgetierungsprozess: Sie liefert die Steuerungsinformationen, um weitere Massnahmen zugunsten der Gleichstellung bzw. keine Massnahmen zulasten der Gleichstellung zu treffen.

Am 19. April 2000 reichte Gemeinderat Balthasar Glättli (Grüne) das Postulat zum Thema ‚Alternatives Budget: geschlechterspezifische Budgetanalyse‘ ein. Es wurde am 27. Juni 2001 leicht verändert an den Stadtrat zur Prüfung überwiesen (GR Nr. 2000/204):

„Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit einem regelmässigen Bericht wesentliche Teile des Budgets hinsichtlich der geschlechterspezifischen Mittelverwendung aussagekräftig aufgeschlüsselt werden können. Wo bereits ein Globalbudget vorliegt, ist entsprechend die Einführung der geschlechterspezifischen Mittelverwendung als zusätzlicher Indikator zu prüfen.“

Mit der Antragstellung und Beantwortung dieses Postulats bis 27. Juni 2003 wurde der Vorsteher des Finanzdepartements beauftragt (StRB Nr. 1124 vom 4. Juli 2001).

In der Folge hat sich eine Arbeitsgruppe aus VertreterInnen des Finanzdepartements und der Fachstelle für Gleichstellung gebildet. Sie sichtete bekannte Methoden der Budgetanalyse, nahm den Austausch mit ExpertInnen und Verantwortlichen laufender Budgetanalyse-Projekte auf (insbesondere im Kanton Basel-Stadt) und evaluierte mögliche Vorgehensweisen für die Stadt Zürich.

Diese Arbeitsgruppe und der Finanzvorstand unterbreiteten dem Stadtrat die Weisung für das Pilotprojekt 2004-2005 zur geschlechterdifferenzierten Budgetanalyse in der Stadt Zürich (StRB Nr. 1255 vom 27. August 2003), dessen Schlussbericht hier vorliegt.

1.2. Zielsetzungen

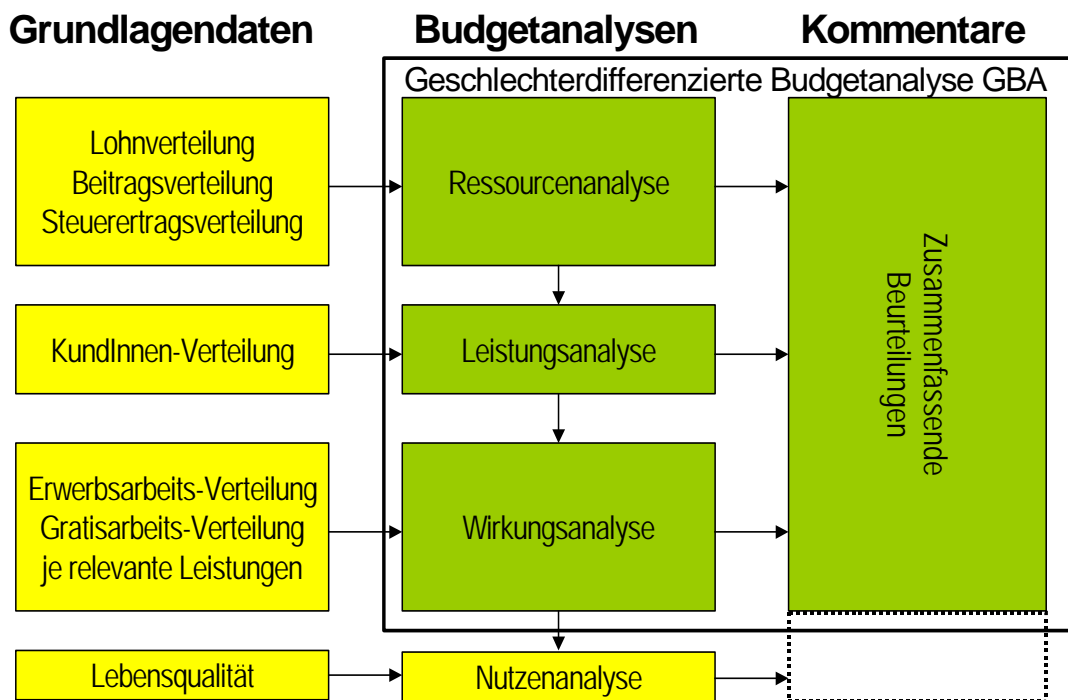
Die geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse (GBA) gibt Auskunft über die Verteilung und Entwicklung von Staatsausgaben und –einnahmen nach Geschlecht: Sie schafft spezifische Transparenz über städtische Aktivitäten und ihre gleichstellungspolitisch relevanten Auswirkungen. Sie zeigt auf, wie sich bestimmte, für die Chancengleichheit von Frauen und Männern als besonders relevant identifizierte Ausgaben- und Einnahmenbereiche, insbesondere Ressourcen- und Leistungsbereiche verteilen und entwickeln. Mögliche Konsequenzen dieser Verteilungs- und Entwicklungsunterschiede sollen aufgezeigt werden, insbesondere ihre Auswirkungen auf die bezahlte und unbezahlte Arbeit sowie auf die Lebensqualität von Frauen und Männern in der Stadt Zürich. Den politischen Behörden liefert sie wichtige Steuerungsinformationen für eine wirkungsorientierte Gleichstellungspolitik.

In der Pilotphase 2004-2005 sollten folgende Fragen geklärt werden:

- a) Wie lässt sich die GBA technisch machen?
- b) Welche konkreten Resultate liefert die GBA?
- c) Welche politische Relevanz kommt der GBA zu?
- d) Welcher Aufwand ist für die periodische Wiederholung der GBA notwendig?

1.3. Methodisches Vorgehen

Aus der Vielzahl von international und national gebräuchlichen Analyse-Methoden zur geschlechtsspezifischen Budget- und Haushalts-Analyse haben wir den Ansatz der sozialwissenschaftlichen Evaluationsforschung ausgewählt, weil er wohl den breitesten Analyse-Bereich auf allen vier möglichen Analyse-Ebenen umfasst:



- a) Ressourcen-Analyse (Input-Perspektive): Wie verteilen und wie entwickeln sich die Lohnanteile, die Beiträge an private Institutionen und Personen sowie die Steuereinnahmen von Frauen und Männern?
- b) Leistungs-Analyse (Output-Perspektive): Wie verteilen und wie entwickeln sich die Aufwendungen für alle Leistungen der öffentlichen Hand, welche von Frauen und Männern unterschiedlich oder auch gleich empfangen werden?
- c) Wirkungs-Analyse (Outcome-Perspektive): Wie verteilen und wie entwickeln sich die Aufwendungen für diejenigen Ressourcen und Leistungen der öffentlichen Hand, welche sich auf den Umfang und auf die Verteilung der Erwerbsarbeit bzw. der unentgeltlich geleisteten Arbeit auswirken?
- d) Nutzen-Analyse (Benefit-Perspektive): Wie verteilen und wie entwickeln sich die Aufwendungen für diejenigen öffentlichen Ressourcen und Leistungen, welche dazu beitragen, die Lebensqualität (=Nutzen) beider Geschlechter zu erhöhen bzw. die Diskriminierungen zwischen den Geschlechtern zu eliminieren?

Diese Verknüpfung der Analysemethoden sollte zu international wie national vergleichbaren Analyseergebnissen führen.

1.4. Flächendeckende Grobanalysen

Im Rahmen des Pilotprojekts 2004-2005 sollten folgende Bereiche analysiert werden:

- a) Verteilung und Entwicklung des gesamten Personalaufwands (Teilprojekt 1);
- b) Verteilung und Entwicklung ausgewählter Steuereinnahmen (Teilprojekt 2);
- c) Verteilung und Entwicklung ausgewählter Beiträge (Teilprojekt 3);
- d) Verteilung und Entwicklung der KundInnen-Anteile aller Produktgruppen inklusive erwerbsarbeits-, gratisarbeits- und lebensqualitäts-sensible Produktgruppen (TP 4).

1.5. Projektorganisation

Das Projekt wurde in der Pilotphase 2004-2005 wie folgt organisiert:

- Auftraggeber: Stadtrat der Stadt Zürich
- Steuerungsausschuss: Martin Vollenwyder, V FD und Elmar Ledergerber, StP
- Projektleitung: Dore Heim, Leiterin ZFG und Theo Haldemann, FD
- Teilprojekt-LeiterInnen: Sylvia Manchen Spörri, ZFG (Teilprojekt 1)
Theo Haldemann, FD (Teilprojekt 2)
Dore Heim und Eva Krähenbühl, ZFG (Teilprojekt 3)
Theo Haldemann, FD (Teilprojekt 4)
- Resonanzgruppe: Claudia Balocco, Kantonsrätin SP ZH
Balthasar Glättli, Gemeinderat Grüne Stadt Zürich
Barbara Haering, Nationalrätin SP ZH
Mascha Madörin, Ökonomin, Münchenstein BL
Theo Wehner, Psychologe, ETH Zürich

Für die Pilotphase 2004-2005 wurde ein Projektkredit von 40'000.- CHF bewilligt - tatsächlich gebraucht wurden 650.- CHF für Sitzungsgelder der Resonanzgruppe.

2. Projektergebnisse der Pilotphase 2004-2005

2.1. Technische Machbarkeit

Die geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse (GBA) ist technisch im Prinzip problemlos machbar: Für die zu untersuchenden Budgetbereiche konnten einfache Abgrenzungen und klare Kategorisierungen gefunden werden, die Analysen und Tabellen ermöglichen, welche sich leicht standardisieren lassen.

a) Gesamter Personalaufwand (Teilprojekt 1)

Die Grundlagendaten zur Verteilung der städtischen Löhne auf beschäftigte Frauen und Männer stehen im HR Stadt Zürich für die aktuellen Jahre zur Verfügung. Unterschiedliche Stellenwerte wurden mitberücksichtigt, nicht jedoch unterschiedliche Funktionsstufen und Dienstalter von Frauen und Männern. Die geschlechtsspezifischen Anteile der Besoldungen und Versicherungsbeiträge konnten jedoch ermittelt und die jährlichen Budgetabweichungen nach Geschlecht analysiert werden.

Das Zusammenführen der Stellenwerte und der Budgetzahlen erfolgte hier von Hand: Für eine regelmässige Analyse müssten diese Arbeitsschritte sicherlich automatisiert werden. Ein neues Personalinformationssystem und eine ausgebaute gesamtstädtische Integrationsplattform können die benötigten Lohn- und Personalzahlen im gewünschten Detaillierungsgrad in Zukunft standardmässig zur Verfügung stellen.

b) Ausgewählte Steuereinnahmen (Teilprojekt 2)

Im Steueramt stehen die Grundlagendaten zur Verteilung der Einkommen und Abzüge natürlicher Personen mit Steuerpflicht in der Stadt Zürich erst seit 2004 detailliert zur Verfügung: Die Steuererklärungen 2004 (Einkommen 2003) wurden teilweise, die Steuererklärungen 2005 (Einkommen 2004) werden nun vollständig eingescannt und aufbereitet. Dieses Teilprojekt wurde jedoch nicht mehr gestartet.

c) Ausgewählte Beiträge an private Institutionen (Teilprojekt 3)

Die Grundlagendaten zur Verteilung der städtischen Beiträge auf die leistungsempfangenden Personen dieser privaten Institutionen (ohne Kulturinstitute) stehen z.T. in den zuständigen Departementen, z.T. bei den unterstützten Institutionen zur Verfügung. Sie basieren auf KundInnen-Statistiken der letzten Jahre, auf regelmässigen Umfragen oder auf nachvollziehbaren Schätzungen. Die geschlechtsspezifischen Anteile der Beiträge an Private konnten ermittelt und die jährlichen Budgetabweichungen nach Geschlecht differenziert analysiert werden.

d) KundInnen-Anteile sämtlicher Produktgruppen (Teilprojekt 4)

Die Grundlegendaten zur Verteilung der (echten und unechten) Produktgruppen-Globalbudgets auf die leistungsempfangenden Personen (KundInnen, KlientInnen) sind ganz unterschiedlich ausgeprägt - je nach funktionalem Hauptaufgabenbereich:

- In den Bereichen ‚Politische Behörden und Gesamtverwaltung‘ sowie ‚Finanzen und Steuern‘ lassen sich i.d.R. keine Kundinnen identifizieren.
- In den Bereichen ‚Rechtsschutz und Sicherheit‘, ‚Versorgung, Entsorgung, Umwelt und Raumordnung‘ sowie ‚Volkswirtschaft‘ muss der Kundinnen-Anteil mit dem Frauen- und Männeranteil in der Wohnbevölkerung gleichgesetzt werden.
- In den Bereichen ‚Bildung‘, ‚Kultur und Freizeit‘ sowie ‚Verkehr‘ lassen sich meist Kundinnen-Anteile beim Leistungsbezug grob abschätzen.
- In den Bereichen ‚Gesundheit‘ und ‚Soziale Wohlfahrt‘ lassen sich erst einzelne Kundinnen-Anteile aufgrund der Kostenverursachung genauer berechnen, also nach der Formel Leistungsmenge X Stückpreis.

Die geschlechtsspezifischen Anteile der Produktgruppen-Globalbudgets konnten so für 85% des Budgetvolumens ermittelt und davon die jährlichen Budgetabweichungen nach Geschlecht analysiert werden, nachdem die vorhandenen Produktgruppen-Budgetzahlen und die separat erhobenen KundInnen-Anteilen von Hand zusammengeführt wurden.

Die ungenügende Datenqualität machte sich erst bei der Interpretation der Verteilungen und Entwicklungen von Budgetanteilen als Problem bemerkbar:

- Die Kundinnen-Anteile variieren mit der Qualitätsstufe des Verteilungs-Schlüssels: Die Anzahl der Kundinnen und der Kunden (=Personenanteil), die Anzahl der von Frauen und Männern bezogenen Leistungen (=Leistungsanteil) oder die Kosten dieser Leistungen nach Geschlecht (=Kostenanteil) zeigen zwar einzeln interpretierbare Resultate und auch Veränderungen von Jahr zu Jahr auf.
- Die Aggregation dieser so unterschiedlich gewonnenen Budgetanteile von Frauen und Männern für mehrere Produktgruppen, ausgewählte Aufgabenbereiche oder für die gesamte Stadtverwaltung führt jedoch zu methodischen Problemen: Die Ergebnisse sind zum Teil von der prozentuellen Zusammensetzung der drei Verteilungs-Schlüssel mitbestimmt; dies erschwert die Interpretation erheblich.

Der Budgetanteil der Frauen von 53% (VA 2003, VA 2004) müsste wohl als Index berechnet und interpretiert werden – ähnlich dem gewichteten KonsumentInnen-Preisindex – und nicht mehr als Summe ungewichteter Budgetpositionen. Mit ausgewählten Produktgruppen könnten dann separate Indexwerte für die Entwicklung und Verteilung der Erwerbsarbeit, der Gratisarbeit oder der Lebensqualität von Frauen und Männern berechnet und auch zuverlässig interpretiert werden.

2.2. Konkrete Resultate

a) Gesamter Personalaufwand (Teilprojekt 1)

Tabelle 1: Verteilung und Entwicklung des Personalbestands

Nr.	Bezeichnung	VA 2003		VA 2004		Bestandesveränderungen		
		Gesamt	F %	Gesamt	F %	Gesamt	F %	F absolut
	Mitarbeitende (oh. Lehrkräfte, Auszubildende)	19'756	49.91	20'247	49.99	491	-	-
	Stellen (ohne Lehrkräfte, Auszubildende)	20'311	49.91	20'875	49.99	564	-	-
	Stellenwerte (ohne Lehrkräfte, Auszubildende)	16'099	43.50*	16'456	43.50	357	-	-

Quelle: ZAP/HRZ (Stand Januar 2004, Mitarbeitende mit mehr als einer Stelle, d.h. mit zwei oder mehr Verträgen, gelten als eine Person), F % = Anteil Frauen, F absolut = Anzahl Frauen, * = Wert 2003 geschätzt mit effektivem Wert 2004, - = Werte nicht ermittelt.

Aufgrund der Stellenwert-Angaben aus dem Lohn-Abrechnungssystem (ZAP) konnten die geschlechtsspezifischen Verteilungsschlüssel zur Budgetanalyse gebildet werden.

Tabelle 2: Verteilung und Entwicklung des Personalaufwands

Nr.	Kontobezeichnung	VA 2003		VA 2004		Budgetveränderungen		
		Gesamt	F %	Gesamt	F %	Gesamt	F %	F absolut
3010	Besoldungen	1'474'904'900	39.43	1'545'588'300	39.76	70'683'400	46.80	33'079'831
3030	Sozialversicherungen (Arbeitgeberbeiträge)	105'250'400	42.00	107'543'600	42.20	2'293'200	51.42	1'179'163
3040	Personalversicherung. (Arbeitgeberbeiträge)	134'930'100	38.34	142'029'200	39.07	7'099'100	53.04	3'765'363
3050	Unfallvers. u. Krankenk. (Arbeitgeberbeiträge)	9'473'700	32.54	10'161'400	31.63	687'700	19.01	130'801
	Total Personalaufwand	1'724'559'100	39.46	1'805'322'500	39.81	80'763'400	47.24	38'155'158

Quelle: Tabelle 1.4 des Zwischenberichts, F % = Budgetanteil der Frauen, F absolut = Budgetbetrag der Frauen

Die Besoldungen und die Arbeitgeberbeiträge an Versicherungen und Krankenkasse stiegen innert Jahresfrist um 80.8 Mio. CHF oder 4.7% an – die Anzahl Stellenwerte stieg in dieser Zeit um 357 sog. 100%-Stellen oder 2.2% an.

Der Frauenanteil am Personalaufwand betrug im Jahr 2003 39.46% und stieg im Jahr 2004 auf 39.81% (+0.35%) an. Der Personalaufwand liegt damit leicht unter dem Stellenwerteanteil der Frauen von 43.50%. Dies hat u.a. zwei Ursachen: Frauen sind bei den oberen Funktionsstufen und bei den höheren Dienstaltersgruppen unterrepräsentiert – bei den unteren Funktionsstufen und den niedrigeren Dienstaltersgruppen überrepräsentiert. Erst in einer vertieften Analyse der Lohn- und Personaldaten könnte festgestellt werden, ob – nach Bereinigung um Funktionsstufe und Dienstalter – systematische Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männer bestehen bleiben oder nicht.

Bei der Analyse der Budgetveränderungen wird die Grundlage dieses Wachstums sichtbar. Die Frauen sind, mit Ausnahme der Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge überproportional an der Budgetzunahme beteiligt. Eine mögliche Erklärung hierfür ist die politisch gewünschte Anhebung der Löhne in `frauenspezifischen` Berufsfeldern z.B. im GUD und SD. Eine andere wäre die frauenfördernde Anstellungspraxis.

b) Ausgewählte Steuereinnahmen (Teilprojekt 2)

Dieses Teilprojekt wurde nicht mehr gestartet – konkrete Ergebnisse liegen keine vor.

c) Ausgewählte Beiträge an private Institutionen (Teilprojekt 3)

Tabelle 3: Auswahl der analysierbaren Beiträge (AB)

Nr.	Departement	VA 2003		VA 2004		Analysierbare Beträge		
		Gesamt	AB %	Gesamt	AB %	Auswahl 03	Auswahl 04	Differenz
10	Behörden, Gesamtverw.	1'435'000	0%	1'435'000	0%	0	0	0-
15	Präsidialdepartement	1'771'500	11%	2'080'500	9%	190'000	190'000	0
20	Finanzdepartement	88'500	0%	55'200	0%	0	0	0
25	Polizeidepartement	74'800	0%	68'300	0%	0	0	0
30	Gesundheits- u. Umwelt.	48'153'500	97%	60'246'500	98%	46'770'000	59'238'000	12'468'000
35	Tiefbau- + Entsorgungsd.	552'500	0%	1'134'000	0%	0	0	0
40	Hochbaudepartement	1'260'000	0%	1'260'000	0%	0	0	0
45	Industrielle Betriebe	3'005'000	100%	3'005'000	100%	3'005'000	3'005'000	00
50	Schul- und Sportdept.	3'720'800	93%	3'779'400	93%	3'460'000	3'520'000	60'000
55	Sozialdepartement	45'125'700	95%	48'157'200	95%	42'915'400	45'863'000	2'947'600
	Total Beiträge	105'187'300	92%	121'221'100	92%	96'340'400	111'811'000	15'470'600

Quelle: Tabelle 3.1 des Zwischenberichts

Die städtischen Beiträge an private Institutionen auf Konto 3650 liegen 2004 insgesamt um 16.0 Mio. CHF oder 15.2% höher als im Vorjahr. Diese städtischen Beiträge stellen rund 2% des gesamtstädtischen Aufwands dar. Der grösste Teil wird an Institutionen in den Bereichen Gesundheit sowie Soziales und Soziokultur ausgerichtet.

Die ausgewählten Beiträge stammen aus fünf von zehn Departementen und umfassen 92% aller städtischen Beiträge, nämlich diejenigen, deren Dienstleistungen einzelnen natürlichen Personen direkt zukommen. Nicht enthalten sind Beiträge an Kulturschaffende sowie Beiträge an Standortförderungs- und Tourismusförderungs-Organisationen.

Tabelle 4: Verteilung und Entwicklung ausgewählter Beiträge

Nr.	Departement	VA 2003		VA 2004		Budgetveränderungen		
		Auswahl 03	F %	Auswahl 04	F %	Differenz	F %	F absolut
15	Präsidialdepartement	190'000	42%	190'000	42%	0	42%	0
30	Gesundheits- u. Umwelt.	46'770'000	68%	59'238'000	68%	12'468'000	68%	8'478'240
45	Industrielle Betriebe	3'005'000	50%	3'005'000	50%	0	50%	0
50	Schul- und Sportdept.	3'460'000	54%	3'520'000	53%	60'000	53%	31'800
55	Sozialdepartement	42'915'400	60%	45'863'000	60%	2'947'600	60%	1'768'560
	Total Beiträge	96'340'400	63%	111'811'000	64%	15'475'600	66%	10'278'600

Quelle: Tabelle 3.2 des Zwischenberichts, F % = Budgetanteil der Frauen, F absolut = Budgetbetrag der Frauen

Die Frauen machen die Mehrheit bei der Kundschaft der mit Beiträgen der öffentlichen Hand bedachten Institutionen aus. Unterschiedliche Budgetentwicklungen in den Departementen führten – trotz unveränderter Verteilungsschlüssel – zu einer leichten Erhöhung des Budgetanteils der Frauen, nämlich von 63% im Budget 2003 auf 64% im Budget 2004. Den Hauptbeitrag zu dieser Entwicklung liefern die Beiträge an private Institutionen durch das SD mit +3%; ein kleines Gegengewicht setzt das SSD mit -1%.

Die Ergebnisse aus den einzelnen Bereichen lassen sich wie folgt zusammenfassen (vgl. Anhang A.1.):

Frauen stellen mit durchschnittlich über 70 Prozent die Mehrheit bei den PatientInnen bei den vom GUD mit Beiträgen geförderten Gesundheitsinstitutionen. Diese Zahlen sind jedoch nicht wirklich aussagekräftig, da aufgrund der Datenlage bloss die Frauen- und Männeranteile bei den LeistungsempfängerInnen ermittelt werden, nicht jedoch beim mengenmässigen Bezug oder bei den verursachten Kosten dieser Leistungen. Im Sozialbereich wird der grösste Beitrag für ausserhäusliche Betreuung gesprochen (Krippen). Auch hier machen Frauen die Mehrheit der LeistungsbezügerInnen aus (99 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen, und Alleinerziehende stellen die Mehrheit bei den mit Elternbeiträgen subventionierten Betreuungsplätzen).

Das geschlechtsspezifisch uneinheitlichste Bild zeigt sich in der Soziokultur: Bei den Beiträgen in der Jugendarbeit und Jugendförderung sind Mädchen untervertreten, dies gilt auch für den Bereich Jugendsport. Hingegen machen Frauen, insbesondere Mütter, bei den NutzerInnen der Gemeinschaftszentren die Mehrheit aus.

Daraus lässt sich folgendes Fazit ableiten: Stadt- und Gemeinderat haben mit den Beiträgen an Institutionen ein Steuerungsinstrument zur Förderung der Gleichstellung in der Hand. Dort, wo ein ungleicher Zugang zu Ressourcen besteht, kann schnell korrigierend eingegriffen werden. Dies lässt sich am Beispiel der Jugendtreffs aufzeigen: Diese werden zum überwiegenden Teil von männlichen Jugendlichen genutzt. Mit einem gezielten Beitrag zur Mädchenförderung in den Jugendtreffs versucht nun das Sozialdepartement Gegensteuer zu geben. In die gleiche Stossrichtung geht die Aufstockung des Beitrages der Stadt an die Förderung des Jugendsports, was aber erst im Voranschlag 2005 zum Tragen kommen wird.

Im gesamten Aufwand der Stadt machen die Beiträge an Institutionen einen vernachlässigbaren Anteil aus. Dennoch sind sie immer wieder Gegenstand von engagierten politischen Diskussionen. Kürzungen haben eine grosse Auswirkung auf das Fortbestehen der mit Beiträgen bedachten Institutionen, da die Beiträge in vielen Fällen unverzichtbar für die Existenz der Institution sind. Gerade im Bereich der Soziokultur ist der Anteil der Freiwilligenarbeit hoch, NutzerInnen sind häufig auch Mitarbeitende. Mit einer Kürzung oder Streichung eines Beitrags wird auch diese Freiwilligenarbeit gefährdet. Es wäre lohnenswert und der Versachlichung der politischen Diskussion dienlich, das Ausmass der geleisteten Gratisarbeit in diesen Institutionen separat aufzuzeigen.

d) KundInnen-Anteile sämtlicher Produktgruppen (Teilprojekt 4)

Acht von zehn funktionalen Hauptaufgabenbereiche wurden für die Analyse ausgewählt – nicht enthalten sind die Bereiche 0) Politische Behörden und Gesamtverwaltung sowie 9) Finanzen und Steuern: Diese beiden Bereiche kennen keine verwaltungsexternen Kundinnen und Kunden, somit auch kein Geschlecht ihrer direkten Leistungsbezüglichen und –bezügler (vgl. Anhang A.2.).

Tabelle 5: Verteilung und Entwicklung in analysierten Hauptaufgabenbereichen

Nr.	Bezeichnung	VA 2003		VA 2004		Budgetveränderungen		
		Gesamt	K %	Gesamt	K %	Gesamt	F %	F absolut
1	Rechtsschutz usw.	437'112.0	51	478'334.1	51	+41'222.1	51	+21'027.2
2	Bildung	691'990.9	48	707'109.8	48	+15'591.2	42	+6'522.8
3	Kultur, Freizeit	263'856.9	49	269'450.6	50	+5'593.7	52	+2'910.0
4	Gesundheit	593'380.9	62	629'575.6	62	+36'194.7	61	+22'084.2
5	Soziale Wohlfahrt	670'077.3	66	723'305.3	66	+53'228.0	67	+35'547.0
6	Verkehr	498'044.9	52	507'549.8	53	+9'504.9	55	+5'195.6
7	Versorgung usw.	959'306.7	51	996'561.0	51	+37'254.3	51	+18'999.7
8	Volkswirtschaft	13'946.1	51	14'855.3	51	+909.2	51	+463.7
	Total Aufwand	4'127'715.7	55	4'327'213.8	55	+199'498.1	57	+112'750.3
	- Total Ertrag	2'134'033.5	-	2'298'192.9		+164'594.0		
	= Total Nettoaufwand	1'993'682.2	53	2'029'020.9	53	+35'338.7	54	+19'002.0

Quelle: Tabelle 4.3 des Zwischenberichts (ohne Bereiche 0) Behörden und Gesamtverwaltung sowie 9) Finanzen und Steuern)
K% = Kundinnen-Anteil beim Leistungsempfang, F % = Budgetanteil der Frauen, F absolut = Budgetbetrag der Frauen

Im Voranschlag 2004 steigt der Brutto-Aufwand in allen untersuchten Hauptaufgabenbereichen um 199.5 Mio. CHF oder 4.8% an. Der Ertrag steigt ebenfalls um 164.6 Mio. CHF oder 7.7% an. Die einzelnen Budgetveränderungen (=Entwicklung) fallen tendenziell zu Gunsten der Frauen aus, die Veränderungen mit 57% bzw. 54% liegen in der Brutto- wie in der Nettobetrachtung 1-2% über dem frauenspezifischen Budgetanteil (=Verteilung) von 55% bzw. 53%.

Nur im Bildungsbereich (2) liegen die Veränderungen mit 42% deutlich unter dem frauenspezifischen Budgetanteil von 48%. Im Gesundheitsbereich (4) liegen die Veränderungen mit 61% nur leicht unter dem frauenspezifischen Budgetanteil von 62%. Diese beiden Budgetveränderungen zeigen noch keine Auswirkungen auf die Budgetverteilung insgesamt. Die frauenspezifischen Budgetanteile steigen im Kultur- und Freizeitbereich (3) sowie beim Verkehr (6) um 1% an; die anderen Bereiche bleiben unverändert.

Bei der Budgetanalyse interessieren insbesondere diejenigen Produktgruppen, deren Budgetveränderungen eine mögliche Auswirkung auf die angebotene Erwerbsarbeit und/oder auf die notwendige Gratisarbeit von Frauen haben könnten: Bei den erwerbsarbeits-sensiblen Produktgruppen haben wir sowohl Infrastrukturen für die Tagesbetreuung von (Klein)Kindern und Jugendlichen als auch Bildungsangebote für Mädchen und junge Frauen ausgewählt. Bei den gratisarbeits-sensiblen Produktgruppen betrachten wir die Betreuung von alten, gebrechlichen, kranken und verunfallten Menschen sowie die Entwicklung und Realisierung von Betreuungsangeboten wie z.B. der Kinderbetreuung. Bei den erwerbsarbeits- wie bei den gratisarbeits-sensiblen Produktgruppen führten die Budgetveränderungen 2004 noch zu keiner Neugewichtung der Budgetanteile insgesamt.

Um eine qualitative Nutzenanalyse ansatzweise zu simulieren, wurden in 7 von 10 funktionalen Hauptaufgabenbereichen einzelne Produktgruppen ausgewählt, welche in einem plausiblen Zusammenhang zur Lebensqualität der Einwohnerinnen in der Stadt Zürich stehen. Die Auswahl dieser Produktgruppen ist auch persönlich geprägt. Sie dient hier als Frühwarn-Instrument, wenn beabsichtigte Budgetkürzungen in einzelnen Aufgabenbereichen in erster Linie die Lebensqualität von Frauen negativ beeinflussen.

Tabelle 6: **Verteilung u. Entwicklung lebensqualitäts-sensibler Produktgruppen**
(Bruttoaufwand in 1'000.- CHF, frauenspezifische Budgetanteile in %)

Nr.	Bezeichnung	VA 2003		VA 2004		Budgetveränderungen		
		Gesamt	K %	Gesamt	K %	Gesamt	F %	F absolut
LS1	Rechtsschutz und S.	266'415.3	51%	309'830.4	51%	+43'415.1	51%	+22'145.6
LS2	Bildung	67'277.5	51%	73'995.2	50%	+6'717.7	47%	+3'156.6
LS3	Kultur und Freizeit	155'320.3	45%	161'047.6	45%	+5'727.3	53%	+3'056.6
LS4	Gesundheit	134'622.7	68%	145'267.0	68%	+10'644.3	68%	+7'190.5
LS5	Soziale Wohlfahrt	102'036.4	45%	107'897.0	45%	+5'860.6	46%	+2'715.5
LS6	Verkehr	199'346.8	53%	203'432.4	53%	+4'085.6	51%	+2'073.6
LS7	Versorgung usw.	665'930.5	51%	692'297.5	51%	+26'367.0	51%	+13'447.2
LS	Aufwand	1'590'949.5	52%	1'693'767.1	52%	+102'817.6	52%	+53'785.7
LS	- Ertrag	1'015'964.8	-	1'110'988.6	-	+95'023.8	52%	+49'205.3
LS	= Saldo	574'984.7	49%	582'778.5	50%	+7'793.8	59%	+4'580.4

Quelle: Tabelle 4.9 des Zwischenberichts

Bei den lebensqualitäts-sensiblen Produktgruppen führen die Budgetveränderungen bei den ausgewählten Produktgruppen zu folgenden Frühwarn-Ergebnissen: Die Verteilung der frauenspezifischen Nettoaufwendungen aller lebensqualitäts-sensiblen Produktgruppen zeigt bei leicht steigenden Budgets eine Erhöhung des frauenspezifischen Budgetanteils von 49 auf 50% an – und liegt somit 1% unter dem Anteil der weiblichen Wohnbevölkerung 2003 in der Stadt Zürich. Dabei zeigen sich im Bildungs- und Kultur- und Freizeitbereich erste Reduktionen des frauenspezifischen Budgetanteils; im Kultur- und Freizeitbereich umgekehrt Erhöhungen des frauenspezifischen Budgetanteils.

Anhand der ausgewählten, als sensibel betrachteten Produktgruppen konnten beim Vergleich der Budgetzahlen 2004 und 2003 insgesamt keine positiven oder negativen Auswirkungen festgestellt werden, welche die Erwerbsarbeit und die Gratisarbeit sowie die Lebensqualität von Frauen insgesamt verbessert oder verschlechtert hätten (vgl. Anhang A.2.).

2.3. Politische Relevanz

a) Gesamter Personalaufwand (Teilprojekt 1)

Die Verteilung und Entwicklung der Stellenwerte zum einen und des Personalaufwands zum anderen waren insgesamt bekannt. Die Verteilung nach Departement und Dienstabteilung, nach Dienstjahren, nach Funktionsstufen und Stellenwerten waren je einzeln auch bekannt. Mit der GBA wurden Stellenwert und Personalaufwand erstmals verknüpft und nach Geschlecht ausgewertet; die Effekte von Dienstalter und Funktionsstufen jedoch noch nicht berücksichtigt. Die Frage nach der tatsächlichen Lohngleichheit in der Stadtverwaltung bleibt deshalb vorderhand offen. Eine derart geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse, unter Einbezug der Faktoren Dienstalter bzw. nutzbare Erfahrung sowie Funktionsstufe ist eine wichtige Voraussetzung für die Beurteilung gleichstellungspolitischer Ziele, geeigneter Umsetzungs-Massnahmen und messbarer Ergebnisse auf den einzelnen Hierarchieebenen.

b) Ausgewählte Steuereinnahmen (Teilprojekt 2)

Keine Aussage möglich.

c) Ausgewählte Beiträge an private Institutionen (Teilprojekt 3)

Die Verteilung und Entwicklung der Beiträge an private Institutionen ausserhalb des Kulturbereichs ist heute bekannt – ebenso das Geschlecht ihrer Kundschaft. Der mit den städtischen Beiträgen ausgelöste Multiplikatoreffekt, z.B. in Form von Gratisarbeit von Frauen und Männern in diesen Institutionen, ist hier oft unbekannt. Eine vertiefte Analyse konnte im Rahmen des Pilotprojekts nicht geleistet werden, würde aber viel zur Wirkungsweise der städtischen Beitragspolitik aussagen und die politische Relevanz der Ergebnisse erhöhen – analog zur Untersuchung des volkswirtschaftlichen Nutzens von Kindertagesstätten.

d) KundInnen-Anteile sämtlicher Produktgruppen (Teilprojekt 4)

Bei fünf von zehn Hauptaufgabenbereichen kann die GBA detaillierte Aussagen zur Verteilung und zur Entwicklung der frauenspezifischen Budgetanteile jeder einzelnen Produktgruppe machen, nämlich in der Bildung, in der Kultur und Freizeit, in der Gesundheit, in der sozialen Wohlfahrt und im Verkehr. Hier ist die GBA eine wichtige Voraussetzung für gleichstellungspolitische Ziele, geeignete Massnahmen und messbare Ergebnisse in diesen Bereichen.

Für die Umsetzung der städtischen Gender Mainstreaming Strategie ist die geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse insgesamt eine unverzichtbare Voraussetzung, weil sie Ziele und Ergebnisse der Gleichstellungspolitik transparent darstellen kann.

2.4. Erforderlicher Aufwand

Nach Erstellung des Gesamtkonzepts für eine geschlechterdifferenzierte Analyse der wichtigsten Budgetteile können die resultierenden (Zusatz)Kosten einer periodischen Wiederholung der GBA wie folgt grob abgeschätzt werden:

a) Gesamter Personalaufwand (Teilprojekt 1)

Die Analysen zur Verteilung und Entwicklung der Stellenwerte wie der Personalaufwendungen gehören zu den Standard-Auswertungen des modernen Personal-Controllings. Sie sind von HR Stadt Zürich jährlich zu erstellen und zu kommentieren.

Eine vertiefte Regressionsanalyse zur Entdeckung von (allenfalls) verbleibenden Lohn-differenzen zwischen Frauen und Männern nach Berücksichtigung von Beschäftigungsumfang inklusive Dienalter bzw. nutzbare Erfahrung und Funktionsstufe ist darin noch nicht enthalten. Diese sozialwissenschaftliche Untersuchung könnte Statistik Stadt Zürich für wenige 1'000.- CHF durchführen.

b) Ausgewählte Steuereinnahmen (Teilprojekt 2)

Keine Aussage möglich.

c) Ausgewählte Beiträge an private Institutionen (Teilprojekt 3)

Die Analyse zur Verteilung und Entwicklung der Budgetanteile beruht auf den vorhandenen KundInnen-, KlientInnen- oder SchülerInnen-Statistik der geförderten Institutionen. Diese Zahlen sind in den allermeisten Fällen bereits vorhanden und werden z.T. bereits in standardisierter Form an das jeweils zuständige Departement berichtet. Noch nicht vorhanden sind aussagekräftige Angaben zum Umfang der mit den städtischen Beiträgen ausgelösten Gratisarbeit.

d) KundInnen-Anteile sämtlicher Produktgruppen (Teilprojekt 4)

Die Analyse zur Verteilung und Entwicklung der Budgetanteile beruht sowohl auf den vorhandenen KundInnen-, KlientInnen- oder SchülerInnen-Statistik der städtischen Dienstabteilungen als auch auf den Statistiken der von ihnen geförderten Institutionen. Bei den städtisch subventionierten Kulturinstitutionen sind diese Angaben nicht in geschlechterdifferenzierter Form vorhanden – müssten also genauer geschätzt oder separat erhoben werden (20'– 200'000.- CHF je nach Qualität).

Der Aufwand für die periodische Wiederholung der geschlechterdifferenzierten Budgetanalyse kann – trotz Handarbeit – als gering bezeichnet werden.

3. Beurteilung der Pilotphase 2004-2005

3.1. Inhaltliche Beurteilung

Die geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse (GBA) soll Auskunft über die Verteilung und Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen nach Geschlecht geben. Die nun vorliegende Analyse zeigt die Verteilung der Ausgaben nach Geschlecht in drei von vier Bereichen, welche von der Projektleitung als relevant definiert wurden: Bei den Personalaufwendungen, bei den Beiträgen an private Institutionen sowie bei den Kundinnen- und Kundenanteilen aller Produktgruppen. (Die vierte Analyse der Steuereinnahmen natürlicher Personen wurde nicht mehr gestartet). Da in der Pilotphase 2004-2005 die Voranschläge 2003 und 2004 mit demselben Verteilungsschlüssel 2003 analysiert wurden, lassen sich in den Teilbereichen nur kleine Entwicklungen ausmachen – keine grossen Umverteilungen, auch keine mehrjährigen Trends.

a) Gesamter Personalaufwand (Teilprojekt 1)

Die Analyse der Besoldungen und der Versicherungsbeiträge erweist sich bereits aufgrund des Volumens als relevant: sie machen rund 30 Prozent des städtischen Gesamtaufwands aus. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der Frauen sowohl bei den Besoldungen als auch bei den Versicherungsbeiträgen unter ihrem Stellenwertanteil bleibt. Im Voranschlag 2004 lässt sich eine leichte Entwicklung beim Personalaufwand zugunsten der Frauen ausmachen. Die Förderung der Gleichstellung lässt sich mit einer jährlich wiederkehrenden Analyse des Personalaufwands messen und beurteilen; hier ist die GBA nicht bloss hilfreich, sondern unbedingt notwendig. Nur so kann glaubhaft aufgezeigt werden, dass nicht an den Frauen gespart wird bzw. werden soll.

b) Ausgewählte Steuereinnahmen (Teilprojekt 2)

Keine Aussage möglich.

c) Ausgewählte Beiträge an private Institutionen (Teilprojekt 3)

Die Analyse der Beiträge liefert vor allem relevante und spezifische Ergebnisse für die einzelnen Aufgabenbereiche und Departemente – etwa für die Entwicklung der Beiträge im Gesundheitsbereich, der Bildung, im Sozialbereich und der Soziokultur, vor allem soziokulturelle Jugendarbeit und Jugendsport. Es sind wichtige Bereiche für die Lebensqualität in der Stadt Zürich, in denen private Institutionen mit einem hohen zivilgesellschaftlichen Nutzen aktiv sind. Die Stadtverwaltung könnte diese Dienstleistungen durch Eigenfinanzierung nicht erbringen. Dies insbesondere wegen der Gratisarbeit, die in diesen Institutionen einen Grossteil der Ressourcen ausmacht. Diese wurde in diesem Pilot nicht analysiert. Um aussagekräftige Ergebnisse zu den Wirkungen und zum Nutzen des finanziellen Engagements der öffentlichen Hand zu erhalten, wäre eine solche Analyse der mit Beiträgen ausgelösten Gratisarbeit nötig.

d) KundInnen-Anteile sämtlicher Produktgruppen (Teilprojekt 4)

Mit der Analyse von KundInnen-Anteilen lassen sich die Entwicklungen der einzelnen Produktgruppen untersuchen – aber nicht auf einem aggregierten Niveau für ganze Hauptaufgaben- und Aufgabenbereiche: Es liess sich kein aussagekräftiger Gesamtüberblick erstellen. Diese Analyse liesse sich als Frühwarnsystem für eine GBA nutzen, wenn sowohl strukturelle Umverteilungen beim Leistungsbezug als auch mehrjährige Budgetveränderungen bei einzelnen Produktgruppen vorkommen. Damit könnte nämlich die Frage geklärt werden, ob gewisse Massnahmen zum Sparen an den Frauen führen oder nicht. Da vorerst nur zwei Budgets mit demselben Verteilungsschlüssel analysiert wurden, kann darüber noch keine abschliessende Beurteilung erfolgen.

Sobald der Kundinnenanteil in einzelnen Aufgabenbereichen durch den Frauenanteil an der stadtzürcher Wohnbevölkerung geschätzt werden muss, verliert die GBA rasch an Aussagekraft. Umgekehrt macht eine GBA wirklich Sinn, wenn der Frauenanteil bei der Kundschaft, beim Leistungsbezug und bei der Kostenverursachung ganz unterschiedlich ausfällt wie z.B. im Gesundheitsbereich.

e) Fazit

Die geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse konnte die Erwartungen in den Bereichen Personalaufwand (TP 1) und Beiträge (TP 3) sicher erfüllen. Mehr noch: Sie konnte aufzeigen, dass hier Vertiefungen möglich und sinnvoll sind: Beim Personalaufwand sind zusätzliche Untersuchungen bei der Weiterbildung des städtischen Personal gefragt; bei den Beiträgen an private Institutionen (TP 3) Auskünfte über die damit ausgelöste Freiwilligenarbeit oder Gratisarbeit.

Die Erwartungen an die Analyse sämtlicher Produktgruppen (TP 4) konnten hingegen nicht erfüllt werden: Einzelne Aufgabenbereiche kennen gar keine Kundinnen und Kunden, andere kennen nur den Frauenanteil an der städtischen Wohnbevölkerung. Auch die Auswahl von ‚Subsets‘ von sensiblen Produktgruppen zur Erwerbsarbeit und Gratisarbeit sowie zur Lebensqualität konnte inhaltlich nicht überzeugen.

3.2. Methodische Beurteilung

a) Gesamter Personalaufwand (Teilprojekt 1)

Die Datenerhebung in HR Stadt Zürich und in der Finanzverwaltung war problemlos: Die Personalzahlen der aktuellen Jahre mussten zwar separat und z.T. von Hand aufbereitet werden; die Finanzaufgaben seit 1986 standen hingegen fixfertig aufbereitet im städtischen Data Warehouse zu Verfügung. Die Verknüpfung von Personal- und Finanzdaten sowie ihre Auswertung und Interpretation waren ebenfalls problemlos. Die von StatistikerInnen gewünschte Regressionsanalyse zur Entdeckung von (allenfalls) verbleibenden Lohndifferenzen zwischen Männer und Frauen dürfte dies auch sein.

b) Ausgewählte Steuereinnahmen (Teilprojekt 2) Keine Aussage möglich.

c) Ausgewählte Beiträge an private Institutionen (Teilprojekt 3)

Die Datenerhebung in den auszahlenden Departementen lieferte die benötigten Frauenanteile beim Leistungsempfang nicht in allen Fällen, oft musste direkt bei den BeitragsempfängerInnen nachgefragt werden, was in der Regel zum Ziel führte. Die Finanzaufgaben standen im städtischen Data Warehouse zu Verfügung. Die Verknüpfung von KundInnenanteilen und Finanzdaten sowie ihre Auswertung waren problemlos.

d) KundInnen-Anteile sämtlicher Produktgruppen (Teilprojekt 4)

In fünf von zehn Hauptaufgabenbereichen konnten die KundInnen-Anteile geschlechterspezifisch erhoben werden; in weiteren drei Hauptaufgabenbereichen wurden sie mit dem Frauenanteil in der städtischen Wohnbevölkerung geschätzt. Nur im Kulturbereich konnte nicht auf eine geschlechterspezifische KundInnen-Statistik zurückgegriffen werden – Alter und Wohnort sind hier vertrautere Unterscheidungen. Die Datenaufbereitung und Datenanalyse gestaltete sich einfach – nicht aber die Interpretation der Ergebnisse: Die Aggregation der Budgetanteile von Frauen ist ohne Indexbildung nicht zulässig. Und die Auswahl von sensiblen Produktgruppen, welche messbare Auswirkungen auf die Erwerbs- und Gratisarbeit sowie auf die Lebensqualität von Frauen und Männern beinhalten, benötigt eine vorgängige Evaluation: Ohne sorgfältige Vorprüfung bleibt die Auswahl sensibler Produktgruppen stets unbrauchbar für die politische Diskussion.

e) Fazit

Handwerklich und methodisch war das Pilotprojekt unspektakulär: Die Datenlage war eher besser als erwartet, die Datenaufbereitung eher mühsamer als befürchtet. Die echten Probleme begannen bei der inhaltlichen Beurteilung und politischen Bewertung von unvollständigen Erhebungen und unmöglichen Aggregationen im Teilprojekt 4.

3.3. Politische Gesamtbeurteilung

Eine GBA sollte Aufschluss geben über die geschlechtsspezifische Verteilung und Entwicklung der städtischen Ressourcen und Leistungen für Frauen und für Männer.

Der Wunsch nach erhöhter Transparenz bezüglich der geschlechterspezifischen Verteilung und Entwicklung der Personalaufwendungen für Frauen und für Männer konnte in diesem Pilotprojekt eingelöst werden. Die GBA liefert hier Steuerungsinformationen für die Personalpolitik und die Personalentwicklung, die in dieser Form bisher nicht greifbar waren. Das Teilprojekt 1 sollte im Rahmen des städtischen Personal-Controlling fortgeführt und verfeinert werden. Seine Erkenntnisse sollten von den Dienstabteilungen, die (Kader)Stellen neu zu besetzen haben, unbedingt genutzt werden. Bei der Verteilung und Entwicklung der städtischen Leistungen für Frauen und Männer wurden in der GBA keine neuen Steuerungsinformationen für die Aufgabenerfüllung gewonnen, obwohl die KundInnen-Anteile bei den einzelnen Produktgruppen mehrheitlich bekannt sind.

Eine GBA sollte die politische Diskussion um (staatliche) Gleichstellungsmassnahmen differenzieren und bei Erwerbsarbeit, Gratisarbeit und Lebensqualität erweitern.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist ein zentraler Faktor für deren Gleichstellung. Deshalb interessiert bei einer geschlechterdifferenzierten Budgetanalyse nebst der Transparenz zur Verteilung und Entwicklung der Ausgaben auch deren Auswirkungen auf die bezahlte und die unbezahlte Arbeit und die Lebensqualität in der Stadt Zürich (Wirkungs- und Nutzenanalyse). Die vorliegende GBA zeigt, dass dies nicht möglich ist. Unbestritten ist dank zahlreicher Untersuchungen im In- und Ausland, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Angebot an ausserhäuslicher Betreuung oder Ganztagesstrukturen an Schulen und der Erwerbsquote von Frauen gibt. Weiter weiss man, dass Investitionen im Baubereich eine unmittelbare Auswirkung auf die Zunahme von Arbeitsplätzen in der Baubranche zur Folge hat und diese grossmehrheitlich von Männern eingenommen werden. Aber die Definition von weiteren Produktgruppen, bei denen Erhöhungen oder Kürzungen der Ausgaben zu einer Steigerung der bezahlten Arbeit oder der unbezahlten Arbeit von Frauen oder Männern führen, erweist sich als schwierig und spekulativ. Auch eine Eingrenzung auf einige wenige Produktgruppen, die für die Lebensqualität von Männern respektive Frauen zentral wären, und denen deshalb in einer gleichstellungsfördernden Ausgabenpolitik der Stadt Zürich eine erhöhte Aufmerksamkeit zukommen müsste, ist nicht machbar, da sie von einer scharf geschlechtersegregierten Gesellschaftsorganisation ausgeht. In dieser Hinsicht hat die vorliegende GBA keine neuen Erkenntnisse aufgezeigt respektive einmal mehr die Unmöglichkeit eines solchen Unternehmens deutlich gemacht.

Eine GBA sollte die geschlechterdifferenzierte Datenlage prüfen und verbessern.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung der GBA ist eine ausreichende Datengrundlage. Bereits das Schliessen von allfälligen Lücken erhält aus gleichstellungspolitischer Sicht eine hohe politische Bedeutung – unabhängig von einer späteren Einführung der GBA. Dies betrifft insbesondere die Bereiche der internen und externen Fort- und Weiterbildung des städtischen Personals sowie die Qualitätsverbesserung bei der Kundschafts-Statistik der städtischen Dienstabteilungen. Hier ist eine Verbesserung der geschlechterdifferenzierten Datenversorgung nach wie vor notwendig.

4. Schlussfolgerungen

4.1. Weitere Schritte

Der Steuerungsausschuss GBA beantragt dem Stadtrat folgendes Vorgehen in Sachen geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse:

- Schritt 1: Präsentation und Diskussion des Schlussberichts zur Pilotphase 2004-2005 im Stadtrat.
- Schritt 2: Entscheid des Stadtrates über die Anträge des Steuerungsausschusses GBA und die Beantwortung des Postulats von Balthasar Glättli (Grüne) vom 27. Juni 2001 mit einer Weisung des Finanzvorstands.
- Schritt 3: Aufschalten dieses Schlussberichts zur Pilotphase 2004-2005 auf der Website der Fachstelle für Gleichstellung.

4.2. Anträge

Der Steuerungsausschuss GBA beantragt dem Stadtrat folgende Umsetzung des Postulats von Balthasar Glättli (Grüne) vom 27. Juni 2001:

- Antrag 1: Fortführung und Vertiefung der geschlechterdifferenzierten Analyse des Personalaufwands im Rahmen des Personal-Controllings und des Gleichstellungs-Controllings von HR Stadt Zürich.
- Antrag 2: Geschlechterdifferenzierte Analyse der Fort- und Weiterbildungskosten im Rahmen des Personal-Controllings und des Gleichstellungs-Controllings von HR Stadt Zürich, sobald dies die neuen operativen Systeme in Finanzbuchhaltung und Personalinformation zulassen werden.

4.3. Fazit

Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist es nach wie vor wünschenswert, dass der geschlechterdifferenzierte Blick auf die Stadtverwaltung verstärkt wird. Eine Verbesserung der geschlechterdifferenzierten Informationsaufbereitung und –auswertung ist weiterhin notwendig.

Anhang A.1. Tabellen zu den Beiträgen an private Institutionen

Tabelle 1.1: Beiträge des SD für Sozialräume, Soziokultur nach Projekten

3650.950 - 955, Sozialräume, Soziokultur nach Projekt		Kundschaft Institution		Betrag absolut	
		Frauen %	Männer %	Frauen	Männer
Sozialraumprojekte	534'920				
Jugendarbeit ohne OJA	431'800	19%	81%	82'042	349'758
div. soziokulturelle Projekte	309'380	57%	43%	176'347	133'033
Jugendarbeit OJA	2'358'700	35%	65%	825'545	1'533'155
Pro Juventute, Gemeinschaftszentren	9'884'500	65%	35%	6'424'925	3'459'575
Verein Mütterzentrum Schwamendingen	144'600	65%	35%	93'990	50'610
Verein Schülercafé Affoltern	125'700	33%	67%	41'481	84'219
Verein Zentrum ELCH	200'700	72%	28%	144'504	56'196
Gemeinschaft Arche, Kinderbetreuung	40'000	90%	10%	36'000	4'000
Verein Interkulturelle Bibliothek für Kinder	48'100	50%	50%	24'050	24'050
Verein Kiosk Josefweise	41'300	50%	50%	20'650	20'650
Quartierhof Wynegg	48'400	50%	50%	24'200	24'200
Quartiertreff Fluntern	50'000	67%	33%	33'500	16'500
Quartiertreff Enge	160'300	80%	20%	128'240	32'060
SchülerInnen- und Jugendtreff Hillside	98'900	25%	75%	24'725	74'175
Mädchenspezifische Jugendarbeit	94'000	100%	0%	94'000	0
OKAJ Zürich	145'600				
Pädagogische Aktion Zürich	123'300	50%	50%	61'650	61'650
Verein Treffpunkt Schwarzer Frauen	14'200	80%	20%	11'360	2'840
Zirkus Chnopf	40'900	50%	50%	20'450	20'450
Total nach Beitrag	14'895'300			8'267'659	5'947'121
Beiträge an Frauen / Männer				58%	42%

Quelle: Tabelle 3.3 des Zwischenberichts

Tabelle 1.2: Beiträge des SD für Jugendförderung

3650.950 - 955, Sozialräume, Soziokultur, ausgew.		Kundschaft Institution		Betrag absolut	
		Frauen %	Männer %	Frauen	Männer
Jugendarbeit ohne OJA	374'000	19%	81%	71'060	302'940
Jugendarbeit OJA	2'437'400	35%	65%	853'090	1'584'310
Verein Schülercafé Affoltern	125'700	33%	67%	41'481	84'219
SchülerInnen- und Jugendtreff Hillside	98'900	25%	75%	24'725	74'175
Mädchenspezifische Jugendarbeit	94'000	100%	0%	94'000	0
Total nach Beitrag	3'130'000			1'084'356	2'045'644
Beiträge an Frauen / Männer				35%	65%

Quelle: Tabelle 3.5 des Zwischenberichts

Tabelle 1.3: Beiträge des Sportamts SSD

Sportamt (5070)		VA 2004, Summe aller 3650 Konti			Analysierte Beiträge (in %)			
		2'395'000			100%			
					Kundschaft Institution Betrag absolut			
Konto	Beitrag an	VA 2003	VA 2004	Differenz ab	Frauen %	Männer %	Frauen	Männer
3650.101	Hallenbad Altstetten	440'000	480'000	40'000	55%	45%	264'000	216'000
3650.201	Wassersportclub Leimbach für	190'000	190'000	0	55%	45%	104'500	85'500
3650.501	Dolder-Kunsteisbahn AG	400'000	375'000	-25'000	53%	47%	198'750	176'250
3650.504	Wellenbad Dolder	130'000	125'000	-5'000	61%	39%	76'250	48'750
3650.601	Sportorganisationen und -vereine	200'000	200'000	0	38%	62%	76'000	124'000
3650.602	Förderung des Jugendsportes	750'000	850'000	100'000	34%	66%	289'000	561'000
3650.603	Zürcher Stadtverband für Sport	75'000	75'000	0	38%	62%	28'500	46'500
3650.604	Zürcher SportFerienlager	100'000	100'000	0	52%	48%	52'000	48'000
Total		2'285'000	2'395'000	110'000			1'089'000	1'306'000
Beiträge an Frauen / Männer							45%	55%

Quelle: Tabelle 3.4 des Zwischenberichts

Anhang A.2. Tabellen zu den KundInnen-Anteilen sämtlicher Produktgruppen

a) Grundlagendaten

Tabelle 2.1: Kostenverteilung nach Hauptaufgabenbereichen (HAB)

Nr.	Bezeichnung	QS 0	QS 1	QS 2	QS 3	n.q.
0	Politische Behörden und Gesamtverwaltung					X
1	Rechtsschutz und Sicherheit	X				
2	Bildung		X			
3	Kultur und Freizeit	X	X			
4	Gesundheit	X	X	X		
5	Soziale Wohlfahrt		X		X	
6	Verkehr		X			
7	Versorgung, Entsorgung, Umwelt und Raumordnung	X				
8	Volkswirtschaft	X				
9	Finanzen und Steuern					X

Legende: QS 0 = Kostenverteilung gemäss Frauenanteil an der Wohnbevölkerung 2003
 QS 1 = dito gemäss Anteil der Kundinnen beim Leistungsbezug 2003
 QS 2 = dito gemäss Anzahl der bezogenen Leistungen
 QS 3 = dito gemäss Anzahl und Preis der bezogenen Leistungen 2003
 n.q. = Kostenverteilung mangels 'echter' Kundinnen und Kunden nicht quantifizierbar

Quelle: Tabelle 4.1 des Zwischenberichts

Die Rohdaten liegen für sämtliche Produktgruppen in folgender Form vor:

Tabelle 2.2: Lesebeispiel: Rohdaten im Aufgabenbereich 55: Arbeitsmarkt (Bruttoaufwand in 1'000.- CHF)

DABT Nr.+ Bez.	HAB Nr.	AB Nr.	PG Nr.+ Bezeich.	VA 2003 Aufwand	K %	VA 2004 Aufwand	K %	Veränderung insgesamt	BV %	BV absolut
1509 AfA	5	55	1 Arbeitsbew.	3'584.7	35	3'136.1	35	-448.6	35	-157.0
5580 EAM	5	55	1 Berufliche Int	1'163.9	44	1'606.8	44	+442.9	44	+194.9
5580 EAM	5	55	2 Beruf. Int. mit	3'469.4	57	4'740.0	57	+1'270.6	57	+724.2
5580 EAM	5	55	3 Soziale Int.	30'702.7	35	31'111.8	35	+409.1	35	+143.2
Aufwand		55	Arbeitsmarkt	38'920.7	36	40'594.7	38	+1'674.0	54	+905.3
- Ertrag		55	Arbeitsmarkt	18'564.0	-	20'050.8	-	+1'486.8	-	+791.0
= Saldo		55	Arbeitsmarkt	20'356.7	37	20'543.9	37	+187.2	61	+114.3

Legende: DABT = Dienstabteilung (Nummer und Bezeichnung)
 HAB = Hauptaufgabenbereich (Nummer)
 AB = Aufgabenbereich (Nummer)
 PG = Produktgruppe (Nummer und Bezeichnung)
 VA = Voranschlag 2003 und 2004 (Bruttoaufwand)
 K% = Kundinnenanteil (Prozent), bei PG erhoben, bei AB und HAB errechnet
 BV% = Frauenspezifische Budgetveränderung in %
 BV absolut = Frauenspezifische Budgetveränderung (Veränderung x BV%)

Quelle: Tabelle 4.2 des Zwischenberichts

Tabelle 2.3: Frauenspezifische Budgetanteile nach ausgew. Aufgabenbereichen
(Bruttoaufwand in 1'000.- CHF, frauenspezifische Budgetanteile in %)

Nr.	Bezeichnung	VA 2003		VA 2004		Budgetveränderungen		
		Gesamt	K %	Gesamt	K %	Gesamt	F %	F absolut
21	Volksschule usw.	585'529.2	47	603'428.7	47	+17'899.5	44	+7'804.4
22	Berufsschule usw.	12'317.9	89	12'227.4	89	-90.5	98	-88.7
23	Fachhochschule	-	-	-	-	-	-	-
24	Berufsberatung	35'971.0	59	37'207.2	58	+1'236.2	45	+551.7
25	Übrige Bildung	58'172.8	48	54'718.8	48	-3'454.0	51	-1'744.6
2	Aufwand 21-25	691'990.9	48	707'109.8	48	+15'591.2	42	+6'522.8
2	- Ertrag 21-25	82'881.1	-	86'648.4	-	+3'767.3	-	-
2	= Saldo 21-25	609'109.8	48	620'933.7	48	+11'823.9	41	+4'824.2
31	Kulturförderung	109'860.2	55	111'083.7	55	+1'223.5	36	+444.7
32	Denkmalpflege	8'341.6	51	8'594.4	51	+252.8	51	+128.9
33	Erholung, Freizeit	76'181.7	51	81'737.8	51	+5'556.1	51	+2'833.6
34	Bäder, Sport	69'473.4	38	68'034.7	39	-1'438.7	35	-497.2
3	Aufwand 31-34	263'856.9	49	269'450.6	50	+5'593.7	52	+2'910.0
3	- Ertrag 31-34	86'357.6	-	84'489.5	-	-1'868.1	-	-
3	= Saldo 31-34	177'499.3	48	184'961.1	48	+7'461.8	50	+3'753.3
41	Spitäler, Kliniken	360'915.5	55	381'992.9	55	+21'077.4	54	+11'390.3
42	Krankenhäuser	194'767.1	76	204'297.5	76	+9'530.4	76	+7'209.2
43	Prävention, Spitex	23'823.0	55	29'170.1	56	+5'447.1	63	+3'413.5
44	Übriges	13'875.3	51	14'015.1	51	+139.8	51	+71.3
4	Aufwand 41-44	593'380.9	62	629'575.6	62	+36'194.7	61	+22'084.2
4	- Ertrag 41-44	386'570.8	-	419'249.9	-	+32'679.1	-	-
4	= Saldo 41-44	206'810.1	58	210'325.7	58	+3'515.6	78	+2'735.8
51	AHV/IV	337'611.9	74	372'617.4	74	+35'005.5	74	+25'895.2
52	Altersheime	132'301.1	80	136'361.2	80	+4'060.1	80	+3'248.1
53	Versicherungen	12'456.8	53	13'456.7	53	+999.9	53	+529.9
54	Kinderschutz	-	-	-	-	-	-	-
55	Arbeitsmarkt	38'920.7	37	40'594.7	38	+1'674.0	54	+905.3
56	Wohnungsbau	1'721.9	51	1'930.3	51	+208.4	51	+106.3
57	Asylwesen	4'867.6	43	6'595.6	43	+1'728.0	43	+743.0
58	Sozialhilfe, Fürsorge	111'813.1	38	120'193.1	39	+8'380.0	42	+3'542.3
59	Soziale Integration	30'384.2	58	31'556.3	57	+1'172.1	49	+576.9
5	Aufwand 51-59	670'077.3	66	723'305.3	66	+53'228.0	67	+35'547.0
5	Ertrag 51-59	318'803.7	-	349'842.1	-	31'038.4	-	-
5	= Saldo 51-59	351'273.6	63	373'463.2	62	+22'189.6	57	+12'580.3
61	Strassenbau usw.	107'256.6	47	106'356.7	47	-899.9	47	-423.0
62	Öffentl. Verkehr	390'788.3	54	401'193.1	54	+10'404.8	54	+5'618.6
6	Aufwand 61-62	498'044.9	52	507'549.8	53	+9'504.9	55	+5'195.6
6	- Ertrag 61-62	86'088.7	-	82'806.1	-	-3'282.6	-	-
6	= Saldo 61-62	411'956.2	53	424'743.7	53	+12'787.5	51	+6'548.8

Quelle: Tabelle 4.4 des Zwischenberichts

Tabelle 2.4: **Budgetanteile der erwerbsarbeits-sensiblen Produktgruppen**
(Bruttoaufwand in 1'000.- CHF, frauenspezifische Budgetanteile in %)

Nr.	Bezeichnung	VA 2003		VA 2004		Budgetveränderungen		
		Gesamt	K %	Gesamt	K %	Gesamt	F %	F absolut
5010	Kindergärten	52'073.6	49%	50'233.3	49%	-1'840.3	49%	-901.7
5010	Horte	53'542.1	47%	65'833.7	47%	+12'291.6	47%	+5'777.1
3020	Gesundheitsberufe	7'798.5	85%	7'826.2	85%	+27.7	85%	+23.5
5063	Berufsbildungsang.	4'519.4	95%	4'401.2	95%	-118.2	95%	-112.3
5010	10. Schuljahr	3'364.2	72%	3'288.4	72%	-75.8	72%	-54.6
5019	Berufswahlschule	7'929.4	42%	8'561.8	42%	+632.4	42%	+265.6
5063	Brückenangebote	7'313.0	52%	7'121.5	52%	-191.5	52%	-99.6
5063	Erwachsenenbild.	5'849.0	87%	5'695.7	87%	-153.3	87%	-133.4
3030	Spitalberufe	3'475.0	61%	3'683.0	61%	+208.0	61%	+126.9
3035	Spitalberufe	8'479.6	52%	9'025.1	52%	+545.5	52%	+283.7
5580	Berufl. Integration	1'163.9	44%	1'606.8	44%	+442.9	44%	+194.9
5580	Berufl. Integration m.	3'469.4	57%	4'740.0	57%	+1'270.6	57%	+724.2
5540	Kinderbetreuung	12'499.1	49%	13'051.3	49%	+552.2	49%	+270.6
ES	Aufwand	171'476.2	53%	185'068.0	53%	+13'591.8	47%	+6'364.9
ES	- Ertrag	30'458.4	-	34'669.0	-	+4'210.6	-	+1'802.6
Es	= Saldo	141'017.8	51%	150'399.0	51%	+9'381.2	49%	+4'562.3

Quelle: Tabelle 4.7a des Zwischenberichts

Tabelle 2.5: **Budgetanteile der gratisarbeits-sensiblen Produktgruppen**
(Bruttoaufwand in 1'000.- CHF, frauenspezifische Budgetanteile in %)

Nr.	Bezeichnung	VA 2003		VA 2004		Budgetveränderungen		
		Gesamt	K %	Gesamt	K %	Gesamt	F %	F absolut
3030	Amb. u. teilst. Vers.	23'104.2	61%	24'376.0	61%	+1'271.8	61%	+775.8
3035	Amb. u. teilst. Vers.	43'558.0	52%	45'885.4	52%	+2'327.4	52%	+1'210.2
3020	Hotell. u. Betreuung	83'915.1	76%	88'240.5	76%	+4'325.4	76%	+3'287.3
3010	Spitex-Versorgung	14'469.0	70%	18'864.8	70%	+4'395.8	70%	+3'077.1
3026	Wohnen im AHeim	110'905.2	80%	125'200.1	80%	+14'294.9	80%	+11'435.9
3026	W. i. diff. Altersheim	12'066.4	80%	10'023.7	80%	-2'042.7	80%	-1'634.2
5580	Soziale Integration	30'702.7	35%	31'111.8	35%	+409.1	35%	+143.2
5550	Integrationshilfen	60'220.5	47%	66'759.4	47%	+6'538.9	47%	+3'073.3
5540	Kinderbetreuung	12'499.1	49%	13'051.3	49%	+552.2	49%	+270.6
GS	Aufwand	391'440.2	65%	423'513.0	65%	+32'072.8	67%	21'639.2
GS	- Ertrag	269'167.9	70%	293'982.4	70%	+24'814.5	74%	+18'430.7
GS	= Saldo	122'272.3	54%	129'530.6	54%	+7'258.3	44%	+3'208.5

Quelle: Tabelle 4.8a des Zwischenberichts